Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen

Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen

Band: 58 (2002)

Heft: 2

Artikel: Kampf gegen weibliche Beschneidung : traurige

Fortsetzungsgeschichte

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844434

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen ist nicht der einzige Bereich, indem politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Interessen aufeinander prallen, man denke etwa an Stammzellenforschung oder die Atomenergie. - Wer sich für eine andere Geschlechterforschung stark macht, sollte die grossen Zusammenhänge nicht aus den Augen verlieren: Die Forderung nach Lehrstühlen ist politisch, die anschliessende Arbeit wäre idealerweise wissenschaftlich – mit oder ohne Frauenförderung.

KAMPF GEGEN WEIBLICHE BESCHNEIDUNG TRAURIGE FORTSETZUNGSGESCHICHTE

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leben heute mehr als 130 Millionen beschnittene Mädchen und Frauen vor allem in der arabischen Welt, in Südostasien und in Afrika. Jährlich kommen rund zwei Millionen neu dazu. Seit einigen Jahren ist die Weltöffentlichkeit sensibilisiert und es laufen internationale Aufklärungskampagnen, um diesem frauenfeindlichen Treiben endlich ein Ende zu setzen.

Beschneidungen sind keine ethnologisch interessanten Bräuche in exotisch-ferner Ländern. Als Einwandererinnen leben inzwischen viele beschnittene Frauen unter uns, in den USA oder in Kanada, Wegschauen geht endgültig nicht mehr. Begründet wird die Beschneidung mit Argumenten wie: bessere Heiratschancen, Bewahren der Jungfräulichkeit, Verhinderung von Seitensprüngen, Fruchtbarkeit und Schutz vor Totgeburten.

UNTERSTÜTZUNG BESCHNITTENER FRAUEN

Genitale Verstümmelungen haben vielfach schwerwiegend gesundheitliche Auswirkungen und führen zu Komplikationen bei der Geburt bis zum Tod der Mutter oder des Kindes. Deshalb werden Angehörige der Gesundheitsdienste speziell geschult, wie mit beschnittenen Frauen umzugehen ist. Durch chirurgische Eingriffe lassen im nachhinein oftmals die Beschwerden der Frau lindern.

Die Aufgabe der Gesundheitsdienste in schwierig. 1997 veröffentlichten WHO und UNICEF eine gemeinsame Erklärung, wonach Sanitätspersonal unter gar keinen Umständen Beschneidungen durchführen dürfe. Dies kann selbst in unseren Breiten Verantwortliche vor ein heikles Dilemma stellen; sie müssen befürchten, dass bei Ablehnung die Beschneidung von Unqualifizierten unter hygienisch problematischen Umständen durchgeführt wird.

FAMILIENPLANUNGSSTELLEN

In der Dritten Welt kommt den Familienplanungs-Beratungsstellen auf nationaler und lokaler Ebene eine entscheidende Rolle. Die weibliche Beschneidung ist Teil der überlieferten Kultur. Sich hier einzumischen, erfordert Verständnis und Takt sowie eine Zusammenarbeit mit den Behörden. Nur so gelingt langfristiges Umdenken. Die Beratungsstellen müssen sich bei den Behörden dafür einsetzen, dass die Gesetze dem internationalen Standard angepasst werden. In der Debatte über die Gesundheit der Frauen dürfen Beschneidung und Folgekrankheiten nicht ausgeklammert werden. Beschnittenen Frauen ist einerseits mit Verständnis zu begegnen, gleichzeitig sind über gezielte Informationen künftige Beschneidungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

BUSHS POLITIK - VERHEERENDE FOLGEN

AUSKUNFT:
FIONA SALTER
IPPF
REGENT'S COLLEGE
INNER CIRCLE,
REGENT'S PARC
LONDON NW1 4 NS
TEL. +44 020 7487 7892

Unter dem Druck der religiösen Rechten in den USA und als Dank für ihre Hilfe bei den Präsidentschaftswahlen entzog Präsident Bush den Familienplanungszentren die staatliche finanzielle Unterstützung. Davon betroffen sind nicht nur amerikanische Einrichtungen, sondern viele Institutionen in der Dritten Welt, die ohne amerikanische Hilfe dicht machen müssen. Dies darf aus vielen Gründen nicht geschehen (AIDS-Vorsorge, allgemeine Gesundheit der Mütter und ihrer Kinder). IPPF in London sucht nach neuen Geldquellen und liess einen Film produzieren: "Held to ransom" ("Lösegeld gefordert"). Am 22. Januar 2002 hatte er in London Premiere.